

ROTE POST

Nr.57

Oktober 2022

SCHWERPUNKT

6

BRD: KRIEGSTREIBEREI
UND UMFASSENDE
MILITARISIERUNG

HAMBURG

14

STADT HAMBURG: EINER DER
GROSSEN KRISENGEWINNER

FRAUEN

10

DIE SITUATION DER FRAU
IN INDIEN

BREMEN

16

AUSLÄNDISCHE HAND-
WERKER OHNE RECHTE

BERLIN

12

SPARMASSNAHME
SCHULISCHE INKLUSION

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

FAHRPREISERHÖHUNG
VON 3,9 PROZENT IM VRR

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

HEILBRONN: VERBOT DER
STRASSENPROSTITUTION

KULTUR

22

DREI GEDICHTE VON
BERTOLT BRECHT

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 SCHWERPUNKT

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**DEMO FÜR DEN VORSITZENDEN GONZALO
IN PARIS, 24. SEPTEMBER**

**„STÄRKSTE ARMEE EUROPAS“:
KRIEGSTREIBEREI UND UMFASSENDE
MILITARISIERUNG DER
DEUTSCHEN GESELLSCHAFT**

DIE SITUATION DER FRAU IN INDIEN

SPARMASSNAHME SCHULISCHE INKLUSION

**STADT HAMBURG – EINER DER
GROSSEN KRISENGEWINNER**

**AUSLÄNDISCHE HANDWERKER
OHNE RECHTE**

**FAHRPREISERHÖHUNG VON 3,9 PROZENT
IM VRR BESCHLOSSEN**

**ZUM VERBOT DER STRASSENPROSTITUTION
IN HEILBRONN**

DREI GEDICHTE VON BERTOLT BRECHT

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

sicherlich werden uns manche Leute vorwerfen, dass wir immer das Gleiche schreiben würden, manchen ist es vielleicht zu eintönig, aber die wichtigen Wahrheiten unserer Zeit verdienen es, immer wieder wiederholt zu werden, bis alle sie verstanden haben oder zumindest gehört. Sonst können wir nicht den Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes entsprechen. Darum sagen wir es an dieser Stelle noch einmal: Der Imperialismus als Weltsystem ist ein sterbendes System und die internationale Situation in diesem Zusammenhang entwickelt sich in letzter Zeit unfassbar schnell.

So schnell, dass wir in diesem Moment nicht sagen können, ob die folgenden Zeilen bei Erscheinen dieser Ausgabe der Roten Post nicht schon überholt sind – nicht in ihrem politischen Sinne, sondern dem Stand der Entwicklung nach. Eines der großen Themen dieser Tage ist, ob der russische Imperialismus in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine die Atombombe einsetzen wird oder nicht. In dieser Frage bedarf es einer klaren Analyse, um einen korrekten Standpunkt einzunehmen und nicht dem Alarmismus zu verfallen, den die Bourgeoisie dazu verbreitet.

Der Ausgangspunkt ist, dass Atomwaffen existieren und sie werden existieren, solange es Waffen und Kriege gibt, das heißt, bis die Menschheit in den Kommunismus eintritt. Denn Kriege haben Klassencharakter und verfolgen Klasseninteressen, und erst im Kommunismus wird es keine Klassen und somit auch keine Kriege geben. Da Atomwaffen existieren, werden diese früher oder später auch zum Einsatz kommen, etwas anderes zu glauben entspricht nicht der Realität, ist nicht materialistisch, also entsprechend idealistisch. Da der russische Imperialismus sich nicht einen langen Krieg leisten kann, ohne vollständig auszubluten und in eine unmittelbare unlösbare Krise zu fallen und als Land zerstückelt zu werden, braucht er eine möglichst schnelle Entscheidung in seinem Angriffskrieg. Da die russischen Imperialisten den Widerstand des ukrainischen Volkes unterschätzt haben (keine Waffenlieferung der Welt und auch keine Regierung würde die Ukraine retten können, wenn das Volk nicht kämpfen wollte), könnten sie ihre Interessen nur mit einem großangelegten, massiven Flächenbombardement durchsetzen. Das hätte schon lange stattfinden müssen. Dass es nicht passiert ist, zeigt entweder, dass der russische Imperialismus nicht die Mittel hat, oder der ukrainischen Flugabwehr nicht gewachsen ist. Zu glauben, es wäre ein Bluff, dass damit gedroht wird, entspricht also nicht der Realität. Aber der Einsatz der Atombombe bedeutet auch nicht das Ende der Menschheit und den Untergang der Welt bzw. einen totalen Atomkrieg, denn es gibt auch sogenannte taktische Atombomben. Also ist es durchaus möglich, dass zur Atombombe gegriffen wird, z.B. um einen großen ukrainischen Armeeverband in einem Schlag mit einer taktischen Atombombe auszulöschen. Etwas anderes zu glauben, bedeutet, von einer allgemeinen, menschlichen „Vernunft“ auszugehen. Aber es gibt keine über den Klassen stehende „Vernunft“, denn alles folgt Klasseninteressen und auch die Atomwaffen dienen bestimmten Klasseninteressen. Und erst mit dem Ende der Klassengesellschaft werden diese Klasseninteressen aufhören, zu existieren.

Wenn es zum Atomwaffeneinsatz kommen sollte, müssen die Arbeiterklasse und die Völker der Welt eine starke Antwort geben gegen die Eskalation der Kriegstreiberei der Imperialisten. Darum ist eine beständige und kämpferische antimilitaristische Bewegung in diesem Land notwendig, die fest auf dem Boden des proletarischen Internationalismus steht und den Imperialisten aller Länder ihre Aktion entgegensetzt.

Eure RoPo-Redaktion



Internationale Demonstration in Paris am 24. September, dem Tag der Rede des Vorsitzenden Gonzalo, Führer der Kommunistischen Partei Perus, der vergangenes Jahr nach 29 Jahren Isolationshaft und Folter in den Kerkern der Reaktion sein Leben für die Revolution gab. Auf dem Transparent steht „*Verteidigen wir das Gonzalodenken! Es lebe die Einheit der Maoisten!*“

Quelle: ci-ic.org

SENSEE GONZALO !

ES MAOISTES !



„STÄRKSTE ARMEE EUROPAS“: KRIEGSTREIBEREI UND UMFASSENDE MILITARISIERUNG DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT

Nach dem Angriff des russischen Imperialismus auf die Ukraine hielt Gangster-Kanzler Olaf Scholz eine kriegstreiberische Rede im deutschen Bundestag. Standing Ovations gab es da für die Ankündigung, der Bundeswehr 100 Milliarden sogenanntes „Sondervermögen“ zu geben. Sie können es kaum erwarten, das Blut der Völker in noch größerem Maße zu vergießen. Steuergelder vor allem der Arbeiterklasse, die jetzt für die Aufrüstung und vor allem die Stärkung der Angriffskapazitäten der reaktionären deutschen Armee ausgegeben werden. Während Geld für die Militarisierung einfach so vorhanden ist, gab es für die Probleme des Volkes, wie Preissteigerungen, Inflation und die hohen Energiepreise anfangs höchstens ein paar Krümel in Form von Einmalzahlungen. Erst aus Angst vor möglichen Unruhen im Herbst und Winter werden zur Sicherung des „sozialen Friedens“ 200 Milliarden Euro auf den Tisch geknallt. Von einer „Zeitenwende“ sprach damals der Kanzler, dabei geht es nicht einfach um mehr Geld, sondern *„ein echter Paradigmenwechsel, weil wir damit das Fundament legen für eine neue Bundeswehr“* (Scholz). Die „Zeitenwende“ ist also eine Militarisierung auf allen Ebenen, und nicht nur Aufrüstung. In der Grundsatzrede zur Nationalen Sicherheitsstrategie von Kriegsministerin Christina Lambrecht (SPD) vom 12. September und den Reden von Scholz bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 14. September, sowie bei der Bundeswehrtagung am 16. September, geben die Herrschenden die Marschrichtung vor. Wir werfen hier einen Blick auf deren Inhalt.

Ihnen ist völlig klar, dass die Zeiten des Friedens vorüber sind. Der Imperialismus, unfähig, seine Probleme zu lösen, stirbt in einem komplexen System von Krisen und Kriegen. Sie tun alles, um ihre Herrschaft zu sichern. So wird der gesamte Staatsapparat der BRD auf die Aggression des deutschen Imperialismus ausgerichtet, neben der Außenpolitik, sowohl militärisch wie auch ökonomisch, wird auch die Innenpolitik darauf getrimmt, dass wir uns in Zeiten des Krieges befinden. Eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, sei es durch die Steigerung der Militärausgaben, bzw. Ausgaben für ‚Sicherheit‘ generell, die regelmäßigen Besuche von Bundeswehroffizieren an Schulen, um Kinder als Kanonenfutter zu rekrutieren,

Propaganda durch YouTube-Formate, die sich vor allem an jüngere Zuschauer richten, bis zur Normalisierung vom Anblick halb-automatischer Waffen, Maschinenpistolen, wie der MP5 bei der Polizei, bis zum Einsatz selbiger, wie bei dem Mord an einem 16-Jährigen Jungen durch die Polizei Anfang August diesen Jahres, finden jetzt im Sondervermögen und der „Neuausrichtung“ ihren vorläufigen Höhepunkt.

100 MILLIARDEN FÜR ELEND UND KRIEG

Im Jahr 2021 betrug die Summe der wahren „Sicherheitsausgaben“ für die Aggression des deutschen Imperialismus gegen die Arbeiter und Völker der Welt 84,2 Milliarden Euro. Jetzt sind es schon 87,5 Milliarden plus „Sondervermögen“, das ergibt eine Gesamtsumme von 187,5 Milliarden! Eine Steigerung um über 122 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nach der Ankündigung, 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr zu pumpen, was sogar in der Verfassung verankert wurde, unternahmen die Herrschenden bereits die ersten Schritte, diese Summe auszugeben. Recht schnell kam die Ankündigung, als Nachfolge für die Tornado-Kampffjets neue F-35 Kampfflugzeuge von den USA zu kaufen, insbesondere für die sogenannte „Nukleare Teilhabe“ im Rahmen der NATO. Deutschland, das eigentlich keine Atomwaffen besitzen darf, hat so die Möglichkeit, in der Praxis doch über welche zu verfügen. Der deutsche Staat sieht das sogar als seine explizite Aufgabe: *„Wir müssen die Nukleare Teilhabe der Allianz mit den nötigen Mitteln und Fähigkeiten unterlegen.“* Denn bei 100 Milliarden bleibt es nicht! Die BRD plant, ihre Militärausgaben kontinuierlich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, das sagte Scholz der Bundeswehr als planbares Vermögen zu. Wenn sie, wie zugesagt, zwei Prozent ihres BIP für die Bundeswehr ausgeben, bedeutet das gerechnet mit dem BIP von 2021, ca. 72 Milliarden im Jahr, und das nur für das „Verteidigung“, damit hätte Deutschland den **drittgrößten** Militäretat der Welt, noch vor einem Land wie Russland.

Jetzt findet die konkrete Ausgestaltung dieses gigantischen Militarisierungsprojektes statt, eine angebliche „Neuausrichtung“, die nichts anderes ist

als der Versuch der Rückkehr Deutschlands zu alter „Größe“, oder wie Lambrecht es formuliert:

„Sicherheit wird wieder zur zentralen Staatsaufgabe. Aus einem Guss, über die Ressortgrenzen hinweg, so wie es der Begriff ‚Integrierte Sicherheit‘ zeigt. Aber gleichzeitig, und das ist mir ganz wichtig – müssen wir auch sensibel sein für die Trennlinien von innerer und äußerer Sicherheit, die bei uns verfassungsrechtlich festgeschrieben sind und die nicht verwischt werden dürfen. Als Verteidigungsministerin kann ich sagen: gerade die Bundeswehr wird in Zukunft eine wichtigere Rolle in unserem politischen Denken und Handeln spielen. Wir müssen die Bundeswehr wieder als zentrale Instanz für unsere Daseinsvorsorge betrachten. Und zwar jeden Tag.“

Die „Neuaustrichtung“ ist also viel mehr als die bloße Aufrüstung der Bundeswehr, nein – der Staat soll weiter zentralisiert werden, über „Ressortgrenzen“ hinweg. Die Politik wird militarisiert, ein offenes Bekenntnis der Herrschenden zur Diktatur der Reichen. Etwas, das die Kommunisten schon immer wussten, nämlich dass die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt, geben die Herrschenden jetzt ohne Umschweife zu. Die Bundeswehr als „zentrale Instanz“ der „Daseinsvorsorge“ jeden Tag bedeutet nichts anderes als die Militarisierung der ganzen Gesellschaft!

Besonders hervorzuheben hier ist, dass Pate Scholz in seiner Rede Lambrecht direkt widerspricht. Während sie die „Trennlinien von innerer und äußerer Sicherheit“ betont, wirft Scholz sie komplett über Bord:

„Die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts gehen über offene kriegerische Auseinandersetzungen (...) weit hinaus. (...) Asymmetrische Bedrohungen wie Cyber-Angriffe zählen dazu, die einseitige Abhängigkeit von wichtigen Rohstoffen (...). In diesen Bereichen lassen sich innere und äußere Sicherheit nicht mehr deutlich trennen, sondern müssen zusammen gedacht werden – auch im europäischen Kontext. Und zugleich entsteht Sicherheit auch, indem wir von Krisen und Konflikten bedrohte Länder stabilisieren (...). In allen diesen Bereichen kann und muss die Bundeswehr eine Rolle spielen. (...) Wir müssen Sicherheit im 21. Jahrhundert viel umfassender denken. Deshalb wird die neue Nationale Sicherheitsstrategie einen integrierten Ansatz für unsere Sicherheitspolitik vorgeben und alle Akteure in die Pflicht nehmen – staatliche und private –, die dazu beitragen können.

Dieser Satz ist zentral, denn er macht klar, dass die angebliche Rückkehr zum „Kerngeschäft“, der „Landes- und Bündnisverteidigung“, nur vorgeschoben ist. Der deutsche Imperialismus wird seine Interessen mit immer mehr Gewalt durchsetzen, und zwar überall auf der Welt. Aber viel mehr, die Trennung zwischen innerer und äußerer „Sicherheit“ wird weiter aufgelöst, ein Schritt, den der deutsche Imperialismus seit Jahren systematisch vorbereitet, mit der Militarisierung der Polizei, dem gemeinsamen Training von Polizei und Armee zur „Terrorbekämpfung“ – was nichts anderes als Training für Aufstandsbekämpfung bedeutet.

„LEAD-NATION-ANSATZ“ UND „RAHMENNATION“

Relevant, besonders im Zusammenhang der Europäischen Union, sind für den deutschen Imperialismus die Konzepte der „Lead-Nation“ beziehungsweise das deutsche Konzept der „Rahmennation“, die bereits im „Weißbuch der Bundeswehr von 2016“, einem Strategiepapier des deutschen Staates für den militärischen Plan der letzten und kommenden Jahre, skizziert wurden. Die jetzige Aufrüstung ist Teil dieser Sache. Der Lead-Nation-Ansatz ist die Durchsetzung der Führung eines imperialistischen Staates in einer imperialistischen Aggression oder zur Entwicklung von Rüstungsprojekten und dafür die Unterordnung militärischer Kapazitäten anderer Länder, um die Truppenstärke zu erhöhen und gewisse Aufgaben auf andere Bündnispartner zu verteilen. Die Kapazitäten dafür möchte die BRD für sich schaffen und hat bereits einige Schritte in diese Richtung unternommen. Dieses Konzept gilt allerdings in der Hauptsache für einzelne militärische Einsätze bzw. Projekte. Das Konzept der „Rahmennation“ hingegen ist ein viel tiefgreifenderer und langfristiger angelegter Prozess, der deutlich macht, dass der deutsche Imperialismus sich die EU und die einzelnen Mitgliedsländer auch militärisch unterordnen will. Die Rahmennation soll vor allem die militärische Grundausstattung, also Logistik, Führungseinrichtungen etc. stellen. Daran schließen die kleineren Armeen ihre Verbände an. Die Umsetzung des Konzepts liefe darauf hinaus, dass sich die europäischen Staaten militärisch um die wenigen großen Länder organisieren.

Die Kriegspolitik der EU soll zentralisiert stattfinden, unter deutscher Führung. Um sich in diesem Punkt

durchzusetzen, stellt Scholz die klare Forderung auf, Deutschland solle die stärkste Armee Europas bekommen.

In diesem Zusammenhang ist all das Gerede von „Führungsnation“ und „Kulturwechsel“ zu verstehen. Die „Deutschen“ sollen wieder ehrgeizig und selbstbewusst sein, „ganz konkret, in sichtbarer Form“, es solle Schluss sein mit der Zurückhaltung, die nicht mehr zeitgemäß sei. Wille zum Gestalten, zum Führen sei gefragt, eine „neue“ Kultur im alltäglichen und politischen Denken und Handeln. Dabei stehe Deutschland die „Führungsrolle“ quasi zu; so sagte Lambrecht in ihrer Rede, dass es *„im Kern um das Rollenverständnis Deutschlands als Nation, als Nachbar, als Demokratie, als Verbündeter geht. Kurz gesagt, (um das) was oft als ‚Führungsmacht‘ bezeichnet wird. (...) Deutschlands Größe, seine geografische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz: sein Gewicht, machen uns zu einer Führungsmacht, ob wir es wollen oder nicht. Auch im Militärischen.“* Damit formuliert der deutsche Imperialismus klar seinen Anspruch als Führungsmacht. Die „armen“ Deutschen aufgrund ihrer territorialen und wirtschaftlichen Größe tragen sie die schwere „Bürde“, alle anderen um sie herum beherrschen zu „müssen“. Das ist Chauvinismus und Kriegsrhetorik, die der im Zweiten Weltkrieg in nichts nachsteht!

Ab 1. Oktober 2022 gibt es das neue Territoriale Führungskommando der Bundeswehr. Damit zentralisiert der deutsche Staat alle Aufgaben der Bundeswehr im Landesinneren unter einer zentralen Führung, sowohl militärisch als auch „zivil“. Dem Kommando werden unter anderem die Landeskommandos, die Heimatschutzkräfte und das Zentrum für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit unterstellt. Auch die deutschen Anteile des NATO „Joint Support and Enabling Command“ und des „multinationalen Kommandos Operative Führung“ werden dem Territorialen Führungskommando untergeordnet. Truppenverlegungen, Katastrophenschutz, sowie Verlegung ausländischer Armeen innerhalb Deutschlands, all das wird in Zukunft von einem Kommando geführt. Bisher waren viele Teile der Bundeswehrführungsstruktur mit dem NATO-Kommando verbunden. Die BRD schafft sich so eine selbständige nationale Struktur, und auch Bundeswehreinsätze im Inneren, wie kürzlich während der Pandemie und der Flutkatastrophe, und perspektivisch zur Aufstandsbekämpfung, stehen damit auf der Tagesordnung.

DEUTSCHE TRUPPEN IN OSTEUROPA

Zur „Sicherung der NATO-Ostflanke“ hat Lambrecht in ihrer Rede klare Vorgaben gegeben. Drei Heeres-Divisionen sollen bis 2030 in Osteuropa stationiert werden. Eine Division, bestehend aus drei Brigaden, umfasst ca. 15.000 Soldaten, plus Zusatzkräfte. Das bedeutet ca. 45.000 Soldaten, die permanent in Ländern wie Litauen stationiert sind. Dabei hat Litauen gerade mal ca. 2,8 Millionen Einwohner. Die Stationierung einer Division in Litauen ist vom Verhältnis her so, als würden zum Beispiel die USA knapp 430 Tausend Soldaten in Deutschland stationieren. Schon heute hat der deutsche Imperialismus 1.496 Soldaten in Litauen und der Slowakei stationiert. Insgesamt beschäftigt die Bundeswehr zurzeit ca. 264.000 Personen, das Heer alleine umfasst 62.766 Soldaten. Drei weitere Divisionen wären eine



Damals wie heute: Deutsche Truppen in Osteuropa

massive Steigerung, und da diese für die Verlegung nach Osteuropa gedacht sind, wird es nicht dabei bleiben.

AUFRÜSTUNG AUCH IM INNEREN

Auch im Inneren rüstet der Staat auf. So werden in immer mehr Bundesländern Taser zur Grundausstattung der Polizei gehören, wie zuletzt beschlossen in Hamburg und NRW. Die Bundespolizei, die auch an sogenannten Auslandseinsätzen und im Rahmen von Frontex an der Bekämpfung von Flüchtlingen an der EU-Außengrenze beteiligt ist, wird weiter aufgerüstet. Sie bekommt jetzt 44 neue Transporthubschrauber. Scholz greift in seiner Rede vor der Gewerkschaft der Polizei auch die demokratischen Rechte an, in dem er versucht, jeden

Protest gegen die Politik des Staates, gerade vor dem Hintergrund der Inflation und der steigenden Energiepreise, zu delegitimieren, in dem er behauptet, dieser werde von „Extremisten“ unterwandert. Immer wieder tun Scholz und Co. in ihren Reden so, als hätten Polizei und Armee Rückhalt in der Bevölkerung. Fragt man die Menschen in den Vierteln, was sie von der Polizei und den Mörderbanden der Imperialisten halten, so ist die Antwort eindeutig. Das zeigt nur die Angst, die die Herrschenden vor dem Volk haben, gerade deswegen fordern sie immer wieder einen „starken Staat“.

RÜSTUNGSEXPORTE? BRD: JA!

War die BRD bisher bei Rüstungsexporten zwar nicht zurückhaltend, aber immer bemüht, Rechtfertigungen zu finden, warum das Liefern an Kriegsparteien in Konflikten nicht mit ihren „Werten“ vereinbar ist, so fallen jetzt alle Beschränkungen. Die Export-Regeln sollen verändert werden. Da man sich mit diesen angeblich über die europäischen „Partner“ stelle. Frei nach dem Motto, wenn Frankreich und Italien an jeden Waffen verkaufen, warum sollte Deutschland das nicht tun? Erst kürzlich war Gangster-Scholz bei einem Treffen mit dem saudischen König, um dort um Gas und Öl zu betteln. Jetzt werden Kampffjets an Saudi-Arabien geliefert. Saudi-Arabien, das aktiv am Krieg im Jemen beteiligt ist und regelmäßig Leute auspeitschen oder köpfen lässt, ist ein guter „Partner“ für den deutschen Imperialismus.

Auch sollen im Rahmen des „Lead-Nation“-Konzepts die europäische Rüstungsindustrie weiter zusammen geschaltet werden, Staaten „gemeinsam“ Waffen beschaffen und herstellen und finanzieren. Dabei behält sich der deutsche Imperialismus allerdings vor, bestimmte sogenannte Schlüsseltechnologien für sich alleine in Anspruch zu nehmen. Auf diese Art bewahrt er sich parallel zur Schaffung der „europäischen Rüstungsindustrie“ seine Souveränität bei strategisch wichtigen Rüstungsgütern. Zu den Schlüsseltechnologien gehören unter anderem U-Boote, Verschlüsselungssysteme und Panzer. Ihre deutschen Hersteller werden durch Subventionen unter zentralisierter Führung der BRD gehalten. „Gemeinsame“ Verteidigung und Rüstung bedeutet für Deutschland eben, dass es den Ton angibt in der Rüstung, und damit vor allem die eigenen Monopole stärkt. 2021 exportierte Deutschland alleine Waffen im Wert von 9,35 Milliarden Euro. So viele wie noch nie.

KEIN MENSCH UND KEIN CENT FÜR DIE BUNDESWEHR!

Obwohl die deutschen Imperialisten sich den Krieg in der Ukraine zu diesem Zeitpunkt nicht gewünscht haben, versuchen sie so viel wie möglich für sich aus der Situation rauszuholen. Die 100 Milliarden Sondervermögen und die „Neuausrichtung“ der Bundeswehr sind Ausdruck davon, dass sie bemüht sind, ihr Defizit im militärischen Bereich wettzumachen. Auch wenn der US-Imperialismus es geschafft hat, die europäischen „Partner“ auf Linie zu bringen, so ist doch jeder Versuch, den „europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken“ nichts anderes, als die EU zu benutzen, um immer stärker die Hegemonie der USA abzulehnen, und genau diesem Zweck dient alles, was außenpolitisch im Rahmen der „Zeitenwende“ gemacht wird. Das gilt trotz aller Beteuerungen, die NATO bleibe der Garant für Sicherheit und verankere Amerika in Europa. Der große Gewinner des Krieges in der Ukraine ist der US-Imperialismus. Weltweit treibt er die Militarisierung voran, vor allem durch die NATO, alles um seine strategischen Ziele zu erfüllen. Das, was jetzt passiert, ist alles Vorbereitung auf die Kriege, die kommen, dient alles dazu, die Weltmachtstellung der USA gegenüber China, Russland und den anderen imperialistischen Staaten abzusichern.

Die Arbeiter und das Volk dieses Landes müssen die Pläne dieser Kriegstreiber bekämpfen. Eine stärkere deutsche Armee, eine Militarisierung der deutschen Gesellschaft dienen nur dazu, noch mehr Blut der Arbeiter und Völker der Welt zu vergießen, um die Macht der Herrschenden zu sichern. Wir müssen die imperialistischen Kriege ablehnen, ob in der Ukraine, in Westasien, Afrika oder sonst wo, und alles tun, um die Teilnahme von Truppen des deutschen Imperialismus an diesen Kriegen, zu verhindern, und falls sie es doch tun, ist das einzige Interesse ihre Niederlage. So lange die Welt unterteilt ist in jene Länder, die unterdrücken und jene, die unterdrückt werden, so lange der Imperialismus existiert, wird es immer Kriege geben! Die Ausbeuter müssen weggefeht werden, denn nur so kann es Frieden geben. Der Kampf sollte nicht zwischen den Völkern sein, sondern gegen die modernen Sklavenhalter und ihr System. •

DIE SITUATION DER FRAU IN INDIEN



Die Journalistin Arundhati Roy mit Kämpferinnen der PLGA

Anlässlich der internationalen Aktionswoche zur Unterstützung des Volkskriegs in Indien, die vom 12. bis 18. September stattfand, berichten wir hier über die Situation der Frau in Indien. Laut einer G20-Studie ist Indien das „frauenfeindlichste Land unter den großen Nationen“. Anfang September hat der alte indische Staat die neusten Daten zu registrierten Verbrechen gegen Frauen herausgegeben. Diese stellen die höchste jemals datierten Verbrechensraten gegen Frauen fest: 2021 gab es 428.278 Straftaten gegen Frauen in Indien.

Diese Zahl schließt 31.878 Vergewaltigungen mit ein. Wenn es das „frauenfeindlichste Land“ sein soll und dies zudem noch eine Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen hat, ist jeder Wert in den Hunderttausender-Bereichen unrealistisch niedrig und bildet nicht die Realität ab. Die traurige Wahrheit ist, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher sein muss. Die bürgerliche Presse berichtet zwar, dass diese höchste Zahl der Verbrechen gegen Frauen zustande kam, weil das Bewusstsein, Straftaten bei der Polizei anzuzeigen, gestiegen sei, aber das verschleiert nur, was der wahre Grund der niedrigen Statistiken ist. Die Wahrheit ist begründet in der halbfeudalen halbkolonialen Situation des Landes, in der das Patriarchat besonders offen und brutal auftritt. Auch das Kastensystem trägt zur Unterdrückung der Frau bei.

In Indien gibt es große ländliche Gebiete, in denen der Staat nicht die Möglichkeit oder den Willen hat,

diese Straftaten zu registrieren. Was das Vertrauen zur Polizei angeht: Oft sind es die Bullen selbst, die – vor allem in Regionen, in denen der Volkskrieg verbreitet ist – die Frauen vergewaltigen und misshandeln. Im Parteiprogramm der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) (englisch: CPI (maoist)) heißt es: „*Vergewaltigung wird als Waffe gegen rechtmäßige Anschuldigungen von Frauen eingesetzt. Diese Waffe wird auch vom Staat als eine der widerwärtigsten repressiven Maßnahmen gegen die Frauen verwendet, die in verschiedenen Kämpfen auftreten.*“ (Eigene Übersetzung)

Neben Vergewaltigung gibt es weitere verbreitete Verbrechen gegen Frauen in Indien: Laut indischem Gesundheitsministerium ist die Kindersterblichkeitsrate bei Mädchen um 61 Prozent höher als die bei Jungen. Grund hierfür ist die **mutwillige Tötung von weiblichen Babys**: Neugeborene Mädchen werden in Milch ertränkt (dieser „Brauch“ stammt aus dem Nordwesten Indiens und nennt sich „Doodh-peedi“), sie werden in nasse Handtücher gewickelt oder in kaltes Wasser getaucht, damit sie folgend an Lungenentzündung sterben. Die **mutwillige Tötung von weiblichen Föten** liegt bei mindestens eine Million pro Jahr. Gründe hierfür können natürlich die schweren Aussichten für das Leben der indischen Frau sein, allerdings ist es auch so, dass sich Familien lieber einen Sohn wünschen, weil bei der Verheiratung der Tochter nach altem Brauch die Mitgift folgen muss. Ist diese nicht hoch genug, kommt es vor, dass **Mitgiftmorde** verübt werden. Laut dem indischem „Amt für Kriminalitätsstatistik“ gab es vor 10 Jahren

noch 8.233 registrierte Mitgiftmorde. Das bedeutet, dass der Mann und die Schwiegereltern die Frau töten, wenn sie der Meinung sind, dass die Familie der Braut zu wenig Mitgift gezahlt hatten. Die Morde werden oft als Verbrennungen oder „Küchenunfälle“ getarnt, also kann man hier auch von einer falschen Zahl ausgehen.

Im Zuge der Heirat kann es auch zu massiver **häuslicher Gewalt** kommen. Jede zehnte Frau leidet unter Gewalt des Ehemannes oder seiner Familie. Darum spielt **Selbstmord** auch eine Rolle unter den Todesursachen von indischen Frauen. Auch, ohne in Verbindung mit Straftaten zu stehen, zeigt sich die tiefe Verwurzelung des Patriarchats in Indien:

„Frauen werden in jeder Weise kontrolliert. [...] In unserem Dorf wurde den Mädchen nicht erlaubt, Bäume zu erklettern; wenn sie es taten, mussten sie eine Strafe von 500 Rupies oder eine Henne bezahlen. Wenn ein Mann eine Frau schlägt und sie zurückschlägt, muss sie dem Dorf eine Ziege bezahlen. Männer gehen gemeinsam in die Berge, um monatelang zu jagen. Frauen ist es nicht erlaubt, sich der Beute zu nähern, denn die besten Teile des Fleisches bekommen die Männer. Frauen dürfen keine Eier essen.“

Das berichtet Genossin Sumitra, die 2014 der Volksbefreiungsguerillaarmee (PLGA) beitrug, in „Wanderung mit den Genossen“. Dieser Text stammt von der indischen Journalistin Arundhati Roy und beschreibt unter anderem das Leben der kämpfenden Frauen. Die indischen Frauen sind wie alle Frauen nicht wehrlos und schwach. Die Gebiete, in denen die Partei aktiv ist, sind von kämpfenden Frauen durchzogen. Sie mussten in den letzten Jahrzehnten allerdings selbst in der kommunistischen Organisation in Indien erst einmal ihren Platz finden:

„Rupi und Maase waren städtische Aktivisten in Andhra Pradesh und berichten über die langen Jahre des Kampfes der Frauen in der Partei, nicht nur für ihre Rechte, sondern auch, um der Partei begreiflich zu machen, dass Gleichheit zwischen Männern und Frauen als zentral gesehen wird beim Traum von einer gerechten Gesellschaft. Wir reden über die 70er-Jahre und die Geschichten von Frauen in der Naxaliten-Bewegung, die von männlichen Genossen enttäuscht worden sind, die sich für große Revolutionäre hielten, aber verkrüppelt waren von dem alten Patriarchat, dem üblichen alten Chauvinismus.“

Neben dem Kampf an der Waffe sind die Frauen auch in anderen Bereichen im Volkskrieg eingesetzt, einige zum Beispiel wirken im kulturellen Programm mit. Nichtsdestotrotz fordert der Kampf PLGA auch Opfer. Doch diese sterben nicht sinnlos, sie leben als wohlgeschätzte Mitglieder unter den Genossen, und die Wichtigkeit jeder einzelnen Kämpferin ist eine Selbstverständlichkeit. Das Buch *„In the shining path of struggles and sacrifices Women Martyrs“* widmet sich ausschließlich Märtyrerinnen, die ihr Leben im Volkskrieg gegeben haben. Diese Sammlung beschreibt – vom Schicksal der ersten Märtyrerinnen, die um 1967 im Volkskrieg aktiv waren, bis zum Jahre 2010 – welchen Familien sie entstammen, welchen Kampf sie gelebt haben und auf welche Weise sie sterben mussten. Eine der ersten Märtyrerinnen war Naganeshwari Mallick; als sie gerade Feuerholz sammeln war, ist sie der Reaktion zum Opfer gefallen. Sie wurde zusammen mit ihrem Kind getötet, dass auf ihren Rücken gebunden war. Die unglaubliche Brutalität des alten indischen Staates entmutigt die Frauen jedoch nicht. Im Parteiprogramm ist es passend ausgedrückt:

„Ohne die aufgestaute Wut der Frauen als mächtige Kraft der Revolution zu entfesseln, ist der Sieg in der Revolution unmöglich. Es ist eine Frage der Befriedigung, dass die Frauen, insbesondere unter den armen und landlosen Bauern, zunehmend vorwärts schreiten, um eine aktive und manchmal auch vorrangige Rolle bei der vorrückenden bewaffneten Agrarrevolution zu übernehmen. Daher ist die Mobilisierung von Frauen bei der Förderung des Kriegs gegen den Imperialismus und den Feudalismus ein Muss.“
(Eigene Übersetzung)

Die indischen Frauen der KPI (maoistisch) lassen sich nicht entmutigen von den schrecklichen Dingen, die sie erlebt haben oder mit ansehen mussten. Im Gegenteil: Es hat sie zu Kämpferinnen gemacht. Wenn sie nicht selber Opfer waren, haben viele erleben und zusehen müssen, wie Frauen aus dem Dorf vergewaltigt und in manchen Fällen danach umgebracht wurden. Das ist nicht selten der Anlass dafür, dass die Frauen sich der KPI (maoistisch) anschließen. Welche Beweggründe sie auch immer haben, Frauen geben ihr Leben für den Aufbau einer besseren Welt, tagtäglich und ohne sich dem alten Indien zu beugen. •

SPARMASSNAHME SCHULISCHE INKLUSION



Seit einigen Jahren werden deutsche Schulen zu Inklusion verpflichtet. Das bedeutet, dass Kinder mit Behinderungen und Lernschwächen an regulären Schulen unterrichtet werden sollen, statt wie zuvor an Förderschulen. Den Gedanken dahinter kann man gutheißen: Kinder mit speziellen Defiziten integrieren, anstatt sie frühzeitig zu separieren. Denn Diagnosen und Sonderbehandlungen haben die Tendenz, sich zu verselbständigen und zu stigmatisieren. Statt an den eigenen Schwächen zu arbeiten, zieht sich so mancher Schüler auf seine Diagnose zurück – *„Ich bin halt so und so und deshalb kann ich das nicht!“*. Inklusion dagegen soll den Schülern ermöglichen, mit den Kindern aus der eigenen Nachbarschaft unterrichtet zu werden. Das gemeinsame Lernen mit leistungsstärkeren Schülern dagegen soll die gegenseitige Hilfe fördern und den Horizont erweitern. Die Inklusionsschüler sollen sich nicht als Besucher einer „Resteschule“ abgestempelt fühlen und kognitive Defizite nicht zu

ihrer „Identität“ machen – irgendwelche Schwächen hat schließlich auch jeder Regelschüler. Trotzdem haben diese Schüler natürlich besondere Bedürfnisse, die der Unterricht nach Schema-F nicht auffängt. Daher gilt für Lehrer das Gebot der individuellen Förderung. Alle Schüler haben ein Recht auf individuelle Förderung, also Lernangebote, die ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Das erinnert an Karl Marx berühmte Worte über den Kommunismus: *„Jeder nach seinen Fähigkeiten – jeder nach seinen Bedürfnissen“*.

Allerdings leben wir nicht im Kommunismus, sondern in einer Klassengesellschaft. Diese hat es nicht zum Ziel, alle Menschen möglichst allseitig zu entwickeln. Die Bildung soll der kapitalistischen Wirtschaft dienen und möglichst günstig sein. Dafür gibt es in Deutschland das sogenannte dreigliedrige Schulsystem. Die Schüler der unteren Schulstufen, hauptsächlich Arbeiterkinder, sollen auf Ausbil-

dungsberufe vorbereitet werden. Wer das in den vorgegebenen 10 Jahren unter den herrschenden Bedingungen nicht schafft, hat ein Problem.

EIN PROBLEM FÜR SCHÜLER UND ELTERN

In Berlin wurden nun seit Jahren Förderzentren geschlossen und Förderschüler auf Regelschulen geschickt. In den Regelschulen geht im Grunde aber alles weiter wie bisher. Die Lehrer haben in der Regel keine Qualifikationen im Bereich Sonderpädagogik. Die Klassengrößen machen den Ruf nach individueller Förderung zum frommen Wunsch. Nur in seltenen Fällen erhalten die Inklusionsschüler die Hilfestellungen, die sie benötigen. Stattdessen wird ihnen entweder der reguläre Unterrichtsstoff vorgesetzt – Überforderung und Frustration sind die Folge – oder aber sie werden nur beschäftigt; Malen nach Zahlen ist hier das Motto. Diese Probleme sollten durch Förderstunden kaschiert werden. Die Schüler haben ein Anrecht darauf, dass sie zumindest in einigen Stunden von einer zusätzlichen Lehrkraft mit sonderpädagogischem Hintergrund gefördert werden. Aber auch vor diesen Stunden macht der hausgemachte Lehrermangel keinen Halt. Es fehlt an geeignetem Personal. Anstatt dieses Problem anzugehen, wird die Schulqualität weiter verschlechtert, indem von der Senatsverwaltung für Bildung beschlossen wurde, dass diese Stunden künftig auch von „Pädagogischen Unterrichtshilfen“ (PU) abgedeckt werden könnten. PUs haben in der Regel eine pädagogische Ausbildung, aber wenig Erfahrung mit Didaktik, also der Vermittlung von Lernstoff. Viele von ihnen haben z.B. eine Erzieherausbildung, verdienen als PUs aber weniger als Erzieher beim Land Berlin. *„Wir beobachten Rückschritte der schulischen Inklusion“*, urteilt der Landesbeirat für Menschen mit Behinderung dazu.

Durch die unzureichende Förderung verlieren viele Inklusionsschüler den Anschluss. Wenn man ständig nichts mehr versteht, sinkt natürlich die Motivation, es überhaupt noch zu versuchen. Das führt dazu, dass in vielen Klassen mindestens ein Schüler sitzt, der nur noch aus Pflichtgefühl im Klassenraum sitzt. In einem Förderzentrum hätte so ein Schüler garantiert noch einen Wissenszuwachs bekommen. Aber selbst wenn Lehrer, Eltern und Schüler einen Wechsel gutheißen, fehlt dort der Platz. Denn im Zuge der Inklusion wurden die Förderzentren so überhastet dicht gemacht, dass sie jetzt fehlen.

... UND FÜR LEHRER

Auch für Lehrer ist Inklusion in der Form ein Problem. Sie wissen, dass sie mit unrealistischen Maßgaben allein gelassen werden und reagieren auf zwei Arten darauf. Entweder sie stellen ihr eigenes Befinden in den Vordergrund und lassen jedes Verständnis und individuelle Förderung für die Inklusionsschüler vermissen. Die veranschlagte Arbeitszeit reicht auch so schon kaum für die immer weitreichenderen Anforderungen des Lehrerberufs. Oder aber sie versuchen, dem Inklusionsanspruch gerecht zu werden und erkaufen die Ausarbeitung von Zusatzmaterialien und Förderplänen mit einer immensen Wochenarbeitszeit. Aber auch diese Lehrer stellen immer wieder enttäuscht fest, dass viele Schüler trotz ihrer zusätzlichen Angebote zurückbleiben. Wird das Bildungssystem nicht als Ursache dieses Problems erkannt, steigen Selbstzweifel und Frustration.

STREIKS FÜR KLEINERE KLASSEN

Schulische Inklusion ist in der BRD weiterhin eine versteckte Sparmaßnahme, wie viele Lehrer bereits seit Jahren wissen. Für Förderzentren sind wesentlich kleinere Klassengrößen vorgeschrieben als für Regelschulen. In ersteren werden Kinder mit Behinderungen oft nicht genug gefordert, in letzteren oft nicht genug gefördert. Für die Eltern ist die Entscheidung für das ein oder andere oft die Wahl zwischen Pest und Cholera. Bei den Lehrern, die allen Schülern gerecht werden wollen, steigt der Frust darüber, mit zu vielen Sonderbedürfnissen allein gelassen zu werden. Die Warnstreiks, die in Berlin gerade stattfinden, sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Am 28. September gingen 3500 Lehrer auf die Straße statt in die Schule, und zwar nicht für mehr Gehalt. Erstmals wird unter dem Slogan Tarifvertrag Gesundheit darum gekämpft, kleinere Klassengrößen tariflich festzuschreiben. Für wirkliche Inklusion sind 24 Schüler pro Klasse zwar immer noch zu viel, aber die Unzufriedenheit wird von allen Seiten sichtbarer. •

STADT HAMBURG – EINER DER GROSSEN KRISENGEWINNER

Während die finanzielle Situation der Arbeiter und des Volkes in der BRD immer schlechter wird, geht einer immer mehr als Gewinner dieser Krise hervor: der deutsche Staat. Seit Anfang September sind auch aus Hamburg Zahlen öffentlich, die zeigen, dass auch die Stadt Hamburg im Krisenjahr 2021 hohe Gewinne einfahren konnte. Das vor allem mit ihren etlichen Beteiligungen an unterschiedlichen großen Konzernen, der Verwaltung und öffentlichen Unternehmen. Diese Gesamtheit an Einnahmequellen wird unter dem Begriff „Konzern Hamburg“ zusammengefasst. Der sogenannte „Konzern Hamburg“ umfasst also private Unternehmen, wie die Reederei Hapag-Lloyd, öffentliche Unternehmen, wie die Hamburger Hochbahn, Hamburg Airport, die SAGA, oder die Stadtrei-

nigung und dazu die sogenannte Kernverwaltung, was Behörden, Ämter und öffentliche Einrichtungen sind.

GEWINNSTEIGERUNG VON EINER MILLIARDE EURO

Ganze 623 Millionen Euro betrug der Überschuss, den die Stadt Hamburg im vergangenen Jahr erwirtschaftete. Davon fallen allein 299 Millionen Euro – also beinahe die Hälfte – auf die sogenannte Kernverwaltung zurück. Im Vorjahr 2020 machte Hamburg noch einen Verlust von 426 Millionen Euro, wozu Andreas Dressel (SPD) – Finanzsenator von Hamburg – sagte: „2021 ist uns eine Trendumkehr gelungen.“ Eine „Trendumkehr“, die in den bürgerlichen Medien unserer Stadt gefeiert wird. Die Frage, die aber nicht beantwortet wird, ist, wie Hamburg es schaffen konnte, von einem Minus von 426 Millionen Euro in 2020 auf ein Plus von 623 Millionen Euro in 2021 zu kommen. Eine Gewinnsteigerung von mehr als einer Milliarde Euro.

EINSPARUNGEN BEIM PERSONAL DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Um diese Frage zu klären, lohnt es sich, einen Blick in die Unmengen an Tabellen und Statistiken des Hamburger Geschäftsberichtes 2021 zu werfen. Ein insgesamt kleiner, aber mit Blick auf die Lage der Arbeiter und des Volkes wichtiger Faktor sind die Einsparungen der Stadt bei den Personalkosten. Sowohl in Behörden und Ämtern, als auch in den öffentlichen Unternehmen wurden die Personalkosten um mehrere Hunderttausend Euro zurückgeschraubt. Wir erinnern an die großen Streiks mit tausenden Teilnehmern, die es im öffentlichen Dienst im letzten Jahr gegeben hat. In diesen waren höherer Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zentrale Forderungen. Aber genau in diesen Bereichen sparte die Stadt Hamburg, um ihre Gewinne nach dem schlechten Geschäftsjahr 2020 wiederherzustellen. So wurde der Preis der „Corona-Krise“ direkt auf die Schultern der Kollegen des öffentlichen Dienstes abgewälzt.



Dressel (groß) und Bürgermeister Tschentscher geben Planungen für den Finanzhaushalt bekannt

PRIVATE UND ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN

MIT REKORDGEWINNEN

Eine Menge Geld brachten auch die Beteiligungen der Stadt Hamburg an privaten Unternehmen wie der Hapag-Lloyd. Über die *HGV – Hamburger Gesellschaft für Vermögens-Beteiligungsmanagement mbH* – der Konzernholding der Freien und Hansestadt Hamburg – werden 13,9 Prozent der Aktien von Hapag-Lloyd gehalten. Und mit dieser Beteiligung konnte die Stadt Hamburg mächtig Gewinne einfahren. 85 Millionen Euro Dividende schüttete die Hapag-Lloyd an seinen Anteilseigner Hamburg aus und ist damit für über zehn Prozent des Übergewinns des letzten Jahres verantwortlich. Diese dicken schwarzen Zahlen schrieb die Reederei, während 2020 und 2021 immer wieder hunderte Kollegen in Kurzarbeit geschickt wurden. Während die Stadt also von der Dividende von Hapag-Lloyd profitierte, wurden die Arbeiter ihres Lohnes beraubt und mussten mit weniger Geld klar kommen.

Eine beträchtliche Summe von 46 Millionen Euro brachten der Stadt auch die Hamburger Energiewerke ein. Diese begründen ihren Gewinn vor allem mit den damals schon ansteigenden Energiepreisen, die auf die Verbraucher abgewälzt wurden. Auch wenn die damalige Lage noch nicht mit der jetzigen vergleichbar war, lag der Energiepreis auch 2021 schon auf seinem Höchststand der letzten 10 Jahre.

Und auch der Kommunale Vermieter SAGA, der komplett der Stadt Hamburg gehört, machte 2021 große Profite. Insgesamt 225,9 Millionen Euro an Überschuss hatte der größte Vermieter Hamburgs 2021. Auch die Gewinne der SAGA wurden vor allem auf dem Rücken der Arbeiter erwirtschaftet. Mal abgesehen davon, dass die Mieten in dieser Stadt sowieso schon absurde Höhen erreicht haben, wurden diese bei der SAGA in den letzten Jahren gleich mehrfach erhöht. Noch im Jahr 2020 kam die erste große Mieterhöhung. 2021 folgte dann die Anpassung der Energiekosten, die auch auf die Mieter abgewälzt wurden. Im Januar 2022 dann die nächste Erhöhung der Mieten und zuletzt wieder am 1. August eine Erhöhung der Energiekostenvorauszahlung. Mieterhöhungen, die alle samt vom städtischen Konzern gemacht wurden, der uns genauso hemmungslos ausgequetscht wie die privaten Unternehmen.

AUSBLICK AUF 2022

Die Einschätzungen für die Gewinne der Stadt Hamburg, die am Ende dieses Jahres stehen werden, sprechen von noch höheren Zahlen. Allein Hapag-Lloyd soll seine Gewinne im Vergleich zum Vorjahr verzehnfachen. Auch öffentliche Unternehmen wie der Flughafen oder die Hochbahn, die im letzten Jahr noch Verluste erzielt haben schreiben in diesem Jahr wieder schwarze Zahlen. Hinzu kommen Steuereinnahmen in Rekordhöhe, die erwartet werden. In dieser Hinsicht spielen die Preissteigerungen dem Staat sogar noch in die Karten. Denn auf ein Produkt, das jetzt doppelt so teuer ist, fallen trotzdem 19 Prozent Mehrwertsteuer an. Bundesweit werden so bis zu 40 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen vorausgesagt. Mit Blick auf die jetzige Lage, die Preissteigerungen und die Inflation sagt Finanzsenator Andreas Dressel also optimistisch: *„Wir sind wirtschaftlich so gut durch die Corona-Krise gekommen, dass uns die jetzige Lage nicht aus den Schublen haut.“* Die Stadt Hamburg ist gut durch die „Corona-Krise“ gekommen, aber sicherlich nicht der Großteil der Hamburger, die Arbeiter und das Volk. Wo sind unsere Vorteile von den großen Profiten der Stadt? Wo ist die Entlastung für uns? Das sind die Fragen, die Herr Dressel beantworten sollte. Doch diese Antworten bleibt er schuldig.

Es wird also nochmal klar, dass der bürgerliche Staat die Bevölkerung zum einen völlig im Stich lässt und zum anderen auch noch für seine Krisen zahlen lässt. Mit diesen großen Gewinnen könnte Familien, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, Rentnern, die jetzt schon nicht mehr heizen, um die Abrechnung möglichst niedrig zu halten, Studenten, die einen Zweitjob anfangen, um ihr Studium weiter finanzieren zu können, kleinen Ladenbesitzern, die im Winter vielleicht zumachen müssen, und all den anderen, die unter der Inflation und den Preissteigerungen leiden, geholfen werden. Aber stattdessen investiert der Staat in große Konzerne, in seine Armee und stopft sich die Taschen voll. Wir können nicht weiter die Hände in den Schoß legen und alles einfach über uns ergehen lassen, wir müssen selber aktiv werden. Nur zusammen können wir dem deutschen Staat zeigen, wo Schluss ist, und für unsere Lebensgrundlage kämpfen. •

AUSLÄNDISCHE HANDWERKER OHNE RECHTE

Früh am Morgen hört man bereits die Sägen, Hämmer und Maschinen hinter den Toren und Zäunen, vor denen auf einem Schild in großer Schrift steht: „WIR BAUEN FÜR SIE“. Jeder, der hier einmal gearbeitet hat, weiß, wie es läuft: Da wo öffentliche Gelder in den Himmel geschossen werden, Architekten aufgrund von Ahnungslosigkeit in jeder konkreten baulichen Frage die Planung dreifach vermasseln und die Arbeiten so immer wieder hinausgezögert werden und sogar fertige Installationen und Montagen wieder rückgängig gemacht werden müssen, genauso wie Bauleiter, die im letzten Moment entscheiden, dass sie dies und das nach ihrem Geschmack doch lieber so rum haben wollen, wo unterschiedlichste Planer herangezogen werden, aber niemand einen einheitlichen Plan hat – da sind die Baustellen der Stadt Bremen. Eine Menge an Unternehmen verdient an den Arbeiten, die für Gebäude in öffentlicher Hand gemacht werden. Und da so viele Arbeiten doppelt und dreifach gemacht werden, sacken sie auch umso mehr von den Steuergeldern, die die Arbeiterklasse Monat für Monat einzahlt, ein.

Eine der größten Firmen, die aus Bremen kommen, mit weltweit ca. 30.000 Mitarbeitern, ist der Industriedienstleister **KAEFER**. Die sind unter anderem mit dem Innenausbau von öffentlichen Gebäuden beauftragt. Dafür holen sie sich auch „Unterstützung“, die nicht offiziell aus ihren eigenen Reihen kommt. Die Rede ist von „Hilfsarbeitern“, die fast immer Migranten sind, bzw. oft direkt aus der dritten Welt nur für den Job auf bestimmte Dauer nach Deutschland gekommen sind. Solch ein Arbeiter ist auch der Trockenbauer Vasilios aus Griechenland, der seine Heimat verlassen hat, um der Armut dort zu entkommen und in Deutschland etwas Geld zu machen, um seiner Familie daheim eine etwas bessere Situation zu ermöglichen, und um dann in ein paar Jahren zurückkehren zu können und sich dann keine Gedanken um Armut machen zu müssen. In vielen unterdrückten Ländern ist es ein weit verbreiteter Wunsch, nach Deutschland zu kommen und hier, in einem Ausbeuterstaat, ein Leben ohne die Probleme, die in der dritten Welt existieren, führen zu können. Vor Ort werden die meisten von ihnen kalt überrascht, denn der deutsche Imperialismus will sie hier genauso ausbeuten, wie er es in der dritten Welt getan hat. Nur

dass die Leute ihm hier, in seinem eigenen Land, viel nützlicher sind. Auch Vasilios hat sich das Leben in Deutschland überhaupt nicht so ausgemalt. Er sagt: *„Ich bin seit einem Jahr in Deutschland – ich hätte mir nie vorstellen können, dass es so schlimm ist.“*

Es ist Gang und Gäbe, dass hier auf den Baustellen Leute aus der dritten Welt zu schlechteren Konditionen arbeiten. Auf dem Bau zu knüppeln, wird in Deutschland von Jahr zu Jahr unbeliebter – für die, die es ihr Leben lang durchziehen, unangenehmer – und verliert an Reiz, weil andere Jobs, für die man sich nicht so kaputtmacht, besser bezahlt werden. So „entsteht“ das, was sie „Fachkräftemangel“ nennen – was ein gewolltes Problem ist. Die „Fachkräfte“, an denen es mangelt, werden nämlich aus den unterdrückten Nationen als billigere Hilfskräfte, die gleichwertige Arbeit machen, „importiert“. Wenn es nach den deutschen Imperialisten geht, sollen es knapp eine halbe Million zugewanderte „Fachkräfte“ im Jahr sein, die die Wirtschaft am Laufen halten. Die Bonzen können sie viel schlechter behandeln – weniger Lohn, weniger Rechte, mehr Knechten – als Leute von hier, weil sie, aus der dritten Welt kommend, fast wehrlos gegen die Ausbeuter und ihren Staat sind. Im Zentrum steht oft die Sprache – wer kein Deutsch kann, kann die Hürden der Bürokratie nicht überwinden; wird an der Nase rumgeführt und erhält nicht den Gesellenbrief oder den Titel einer Fachkraft, obwohl alle Kenntnisse und Fähigkeiten vorhanden sind. Im gesamten Handwerk, eigentlich in fast allen Berufsfeldern, hat sich diese Masche etabliert.

Vasilios arbeitet für eine Art albanisches Subunternehmen, das von **KAEFER** beauftragt wird. Ob es einen Namen hat, weiß Vasilios nicht, das interessiert ihn auch nicht. Aber das ist eher unwahrscheinlich, denn eigentlich handelt es sich nur um eine Gruppe von Leuten, die **KAEFER** herumdiktiert und auf undurchsichtige Weise entlohnt. Hier gelten auf jeden Fall andere Regeln als es eigentlich Vorschrift ist. Ganz im Interesse von **KAEFER**. Wenn du hier nicht leistest, was sie von dir erwarten, dann kriegst du auch nichts. Vasilios hat sich nach dem ersten beschissenen Jahr in Deutschland im Spätsommer einen kurzen Urlaub in der Heimat auf einer griechischen Insel eingepflanzt, wo er seine Familie endlich wieder sehen kann. Im Mittelmeer schwimmen, mit den Kindern

spielen, der Sonne zusehen, wie sie abends rot im Horizont versinkt. Der Flug war schon gebucht, aber KAEFER hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es wurde gesagt, die Deckenkonstruktionen und Wandprofile auf den und den Etagen müssen bis Ende der Woche fertig sein. Trotz dauerhafter Schufferei und vielen Überstunden war der Zustand am Ende nicht so, wie die Vorarbeiter ihn gerne gehabt hätten. Der Urlaub wurde gestrichen. Von irgendwelchen Leuten, die am Schreibtisch sitzen und sich jederzeit einen Urlaub nehmen können oder einfach Krank machen können, wenn sie wollen.

Also geht der Alltag in Deutschland weiter. Jeden Tag morgens 1 ½ Stunden von seinem Zuhause in einem Vorort von Bremen zur Berufsschule in Bremen-Nord, wo gerade saniert wird und seine Baustelle ist. Auf dem Weg mehrfach umsteigen; am späten Nachmittag dann das gleiche zurück, wo er sich durch die überfüllten Fahrzeuge der BSAG kämpfen muss. Zuhause duschen, etwas essen, und dann ist der Tag quasi auch schon gelaufen und es geht von vorne los. Der Staat als Träger der Berufsschule profitiert direkt von dieser Schweinerei, wie Leute aus der dritten Welt wie Vasilios in Deutschland ausgebeutet werden. *„Ich hab gehört, das lernt man hier in einer Ausbildung, man besucht eine Schule dafür?“,* fragt Vasilios über den Beruf des Trockenbauers in Deutschland. *„In Griechenland hast du so etwas nicht. Da lernst du das einfach direkt auf der Baustelle.“* Er weiß sehr wohl um die Verhältnisse von Deutschland und Griechenland. Was hinter Deutschlands so großzügigen „Hilfen“ für den verschuldeten Staat steckt. Wie die deutschen Imperialisten in und nach der „Finanzkrise“ Griechenland ausgeraubt haben, bis zum Bankrott. *„Seit 2007 geht hier alles bergab“,* sagt er. *„Deutschland hat uns kaputt gemacht. Große Kämpfe gibt es, Aufstände. Viele Leute haben überhaupt nichts.“* Trotzdem hat er die Hoffnung nicht aufgegeben, in diesem System noch irgendwie einen angenehmen Platz zu finden. Er möchte in Deutschland irgendwann eine Firma gründen, und wenn die läuft, mit dem Gewinn wieder zurück in die Heimat. Wie das gehen soll, weiß er nicht. Es ist eine Illusion, eine falsche Hoffnung in dieses System. Anstatt selber zum Ausbeuter werden und die eigenen Klassenbrüder und -schwestern ausplündern zu wollen, müssen die Arbeiter ihr ganzes Vertrauen ihrer gemeinsamen Organisation, gegen die Herrschaft der Ausbeuter und für ein gerechtes System, geben.

Die albanischen Kollegen sind seit etwa fünf Jahren in Deutschland. Arbeitserlaubnis, aber niemand mit

deutschem Pass – ein Dauerzustand. KAEFER freut sich. Und Deutschlands Arbeitsminister – der Ganove Hubertus Heil – reibt sich die Hände. Genau so soll es mit dem Import von „Fachkräften“ oder „Hilfskräften“ laufen. Vasilios ist manchmal etwas genervt von den Albanern. Das sind kleine Eigenheiten, die sie, obwohl sie ihr Leid dauernd miteinander teilen, auseinander bringen. Und dann sind da noch die deutschen Handwerker, die meist ausgebildete Gesellen sind und besser behandelt werden. Die ausländischen Hilfskräfte arbeiten meist viel mehr und härter als sie. Am Ende hat jeder irgendwie etwas an dem andern auszusetzen – Deutsche, Griechen, Albaner, Türken, Rumänen, und, und, und. Die Arbeiterklasse, die einzige internationale Klasse in der Geschichte der Menschheit, wird im Interesse der Ausbeuter wieder nach dem Kriterium gespalten, aus welchem Land man kommt. Das ist eine Hürde, die verhindert, dass sich die Ausgebeuteten gemeinsam organisieren und ihren Unterdrückern schwere Schläge versetzen. Es muss also weiter hochgehalten werden: **„Lasst euch nicht spalten! Kämpft und wehrt euch!“** Innerhalb dieses Kampfes müssen die aus der dritten Welt „importierten“ Arbeiter die Forderung erheben, für die gleiche Arbeit endlich gleich behandelt zu werden und den gleichen Lohn zu bekommen wie ihre Kollegen. •



FAHRPREISERHÖHUNG VON 3,9 PROZENT IM VRR BESCHLOSSEN

NRW hat in diesem Jahr zum ersten Mal seit 2006 die Marke von über 18 Millionen Einwohnern gerissen und ist seit Jahresbeginn um fast einen ganzen Prozentpunkt gewachsen. Nach wie vor ist es das mit Abstand bevölkerungsreichste Bundesland der BRD. Bei der allgemein hohen Bevölkerungsdichte und den zahlreichen Ballungszentren wären die Voraussetzungen für einen preiswerten und zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr eigentlich besonders gut, müsste man meinen. Doch weder das eine noch das andere ist Fall. Jetzt hat der wichtigste Verkehrsverbund in NRW verkündet, erneute seine Preise anzuheben.

Insgesamt ist NRW aufgeteilt auf vier große Verkehrsverbunde: Im Nordosten „Westfalentarif“, im Süden der „Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)“, im Südwesten der „Aachener Verkehrsverbund“ und im Westen den „Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)“. Nach Bevölkerungsmenge im Einzugsgebiet und täglichen Fahrgastaufkommen ist der größte dieser vier der VRR mit insgesamt 16 kreisfreien Städten und sieben Kreisen. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) ist einer der „größten Verkehrsverbunde Europas“, wie er selbst großspurig von sich behauptet, und hat gute Voraussetzungen mit vielen regelmäßigen Fahrgästen, kaum abgelegenen oder schwer erreichbaren Ortschaften und weniger Konkurrenz durch chronisch überlastete Autobahnen.

Ende September hat der VRR nun verkündet, zum Jahresbeginn 2023 die Preise für seine Tickets erneut um 3,9 Prozent anzuheben. Zuvor hatte er bereits zu Jahresbeginn 2022 die Ticketpreise um durchschnittlich 1,7 Prozent angehoben. Grund dafür, nach dem Vorstand der VRR, sind natürlich die Klassiker: „Corona-Jahr“, „Energiekosten“ und „Inflation“. Für die ca. vier Millionen Menschen, die täglich auf die im Verkehrsverbund zusammengefassten Unternehmen angewiesen sind, wird der Weg zur Arbeit, zu den Freunden oder zum Einkaufen damit mal wieder teurer und das in einer Situation, wo die Kosten des alltäglichen Lebens sowieso gerade in die Höhe schießen.

Dabei ist Reisen innerhalb des VRR schon jetzt alles andere als günstig und basiert auf einem System teilweise unüberschaubarer Preisstufen. Bleibt jemand

so beispielsweise auf dem Weg zur Arbeit in einer Stadt, dann benötigt er ein Ticket der Preisstufen A1-A3, je nach Größe der Stadt. Fährt er in eine andere Stadt (bzw. „Tarifzone“), dann kommt das sogenannte Wabensystem vom VRR zum Einsatz, wo gezählt wird, wie viele „Waben“ bzw. Tarifzonen er durchfährt. Dazu kommen dann natürlich – wie überall anders auch – die entsprechenden Sonderkarten, Vier-Fahrten-Tickets, Preisstufe D für ganz NRW, und so weiter. Aber im Grunde läuft das Modell auf Folgendes hinaus: Bleibt man in einer Stadt, dann zahlt man drei Euro für eine Fahrt. Fährt man durch mehrere Städte, dann berechnet sich der Preis an der Anzahl durchfahrener Städte.

Jetzt ist es im Rhein- und Ruhrgebiet bekanntermaßen ja nicht gerade so, dass notwendigerweise lange Wege zwischen den einzelnen Städten liegen. Häufig braucht man von seiner eigenen Wohnung länger zum Hauptbahnhof der eigenen Stadt als bis zur Stadtgrenze der nächsten Stadt, und die Städte gehen recht fließend ineinander über. Von Oberhausen Hauptbahnhof nach Duisburg Hauptbahnhof sind es mit dem Regionalexpress sechs Minuten, und nicht anders ist es zwischen Mülheim und Essen oder auf anderen Strecken. Trotzdem zahlt man für diese sechs Minuten Fahrt ohne Zwischenhalt 6,10 Euro bzw. 6,40 Euro nach der Preiserhöhung. Warum? Man durchfährt zwei Waben und entsprechend zahlt man. Und so zahlt man für die planmäßig 40 Minuten mit dem Regionalexpress von Duisburg nach Dortmund für eine einzelne Fahrt aktuell 15,70 Euro, oder von Mülheim nach Wuppertal 13 Euro pro Fahrt.

Es spielt in der Preisberechnung am Ende gar keine Rolle, wo man überhaupt hinfährt, sondern nur, wie viele Waben man durchfährt. So kann man zum Beispiel von Wuppertal für aktuell 6,10 Euro mit der S-Bahn nach Essen reisen, oder alternativ für 13 Euro mit dem Regionalexpress. Klar ist der RE teurer, könnte man sich denken, ist ja bestimmt auch schneller am Ziel, besser ausgestattet und fährt häufiger. Nichts davon ist der Fall. Er fährt schlicht eine andere Route, fährt dabei durch mehr Waben und kostet entsprechend mehr als das Doppelte. Das bedeutet aber im Umkehrschluss natürlich auch: Wenn man mal wieder dasteht und ein RE und eine S-Bahn ausfällt, dann kann man nicht einfach in den nächsten Zug

einsteigen, der zum gleichen Ziel fährt, denn es kann sein, dass das Ticket dann nicht mehr gilt.

Diese Preispolitik trifft natürlich vor allem die Pendler. Wer aus einer anderen Stadt anreist, muss ganz anders in die Tasche greifen als jemand, der innerhalb seiner eigenen Stadt zur Arbeit fährt, selbst wenn der Fahrtweg und die gewählten Verkehrsmittel (Bus, Tram, S-Bahn, RE) genau die gleichen sind. Ohne Monatskarte von Preisstufe C, das „Ticket2000“, ist es daher fast unmöglich, in einer Stadt zu arbeiten und in einer anderen zu wohnen, außer man kann sich einen PKW leisten. Mit der kommenden Preissteigerung wird sich der Preis für das Ticket im Abo erstmals auf über 150 Euro im Monat belaufen.

Und obwohl gerade die Städte innerhalb des VRR regelmäßig im ÖPNV-Preisranking im Vergleich zum Bundesgebiet schlecht abschneiden, ist das, was man für sein Geld erhält, noch schlimmer. Vollste Regionalzüge, wo überall in den Fluren gestanden wird und wo niemand mit einem Kinderwagen eine Chance hat einzusteigen, sind zur Rush-Hour ganz normal. Selbst im regulären, fehlerfreiem Verkehrsablauf sind Verspätungen so vorprogrammiert. Regelmäßig fallen Züge aus bzw. werden ankündigungslos gestrichen und man steht da ohne eine Information. Eine leichte Sache vielleicht zu lösen, wenn man schnell die App aufruft und sich zum Gleis von einer Alternativverbindung begibt, aber für jeden, der von außerhalb kommt und für alle, die nicht in der Generation sind, die mal eben das Smartphone zückt, ein echter Horror. Und wenn es zu einem ernsthaften Problem auf den Schienen kommt, dann ist es eben auch so, dass man erst fünf Stunden später nach Hause kommt, weil sofort das gesamte Verkehrsnetz überlastet ist, wenn nur eine Verkehrsader zusammenbricht. Als Anfang des Jahres der Schienenverkehr wegen Unwettern in mehreren Teilen der BRD eingestellt wurde, war es erwartungsgemäß der Verkehr im Rhein- und Ruhrgebiet, der

am längsten bis zu seiner Normalisierung gebraucht hat.

Dass jetzt erneut die Ticketpreise angezogen werden, trifft vor allem jene, die regelmäßig mit Bus und Bahn zu Arbeit oder zum Einkaufen fahren müssen und für die das Auto oder Home-Office keine Alternativen sind. Die Preise sind dabei jetzt schon viel zu hoch und stehen in keiner Relation zu den günstigen Ausgangsbedingungen, der Unzuverlässigkeit und dem schlechten Service. Jetzt nochmal eine Preiserhöhung in einer so essentiellen Sache wie im Personennahverkehr führt genau dazu, dass während sowieso alles teurer wird, noch weniger Geld zur Hand ist. Irgendwie muss man ja zur Arbeit, Ausbildung und Schule, zum Einkaufen oder zum Arzt kommen. Keinen Nahverkehr benutzen, ist – wenn man sich kein Auto leisten kann – nur für sehr wenige eine Alternative. Nach dem 9-Euro-Ticket ziehen jetzt im ganzen Bundesgebiet die ÖPNV-Betreiber die Preise an und heucheln auf der anderen Seite, dass sie ja offen sind für Lösungen von der Bundesregierung zu einem Nachfolger des 9-Euro-Tickets. Aber das heißt doch nichts anderes, als dass die regionalen Städte- und Kreisregierungen uns die Daumenschrauben anlegen, damit sie am Ende noch mehr Kohle direkt von der Bundesregierung zugeschoben kriegen, anstelle ihre herabgewirtschafteten und in Vetternwirtschaft geführten Strukturen nach den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Denn wer ist letztendlich Teil von Tarifverbänden wie der VRR? Rheinbahn, welche der Stadt Düsseldorf gehört; WSW, welches der Stadt Wuppertal gehört; Ruhrbahn, die den Städten Mülheim und Essen gehört; und so weiter. Der eine Teil des Staates weint hier Krokodilstränen

darüber, dass es ihm leid tut, wenn er uns noch mehr Geld aus der Tasche zieht, aber dass es halt nicht anders ginge, außer wenn an anderer Stelle der Staat den Geldhahn aufmacht. Wir werden dabei als Druckmittel genommen und in dem Geschacher der beiden Seiten aufgerieben, von denen sich keine um uns schert. •



Wabensysteme im VRR: Unübersichtliche Abzocke

ZUM VERBOT DER STRASSENPROSTITUTION IN HEILBRONN



Die Stadt Heilbronn hat zum 14. September eine Allgemeinverfügung erlassen, die vorläufig auf drei Monate begrenzt die Straßenprostitution im Bereich der Hafenstraße untersagt. Die dazu erlassene Verfügung zeigt einerseits auf eindruckliche Weise die enge Verflechtung von Prostitution und organisierter Kriminalität, inklusive Menschenhandel etc. Andererseits aber zeigt sie auch, wie zynisch diese Frage im Allgemeinen durch den bürgerlichen Staat gehandhabt wird. So sind nicht die allgemein unwürdigen und brutalen Umstände, denen sich die Prostituierten ausgesetzt sehen, der primäre Grund für die Verordnung. Auch dass offensichtlich Zuhälter involviert sind und Zwang auf die Frauen ausüben, ist nicht die primäre Sorge der Stadt, und das, obwohl Zuhälterei in Deutschland offiziell verboten ist. Nein, der Stadt missfällt nur, dass diese Zuhälter über die Stränge schlagen. So kam es in den vergangenen Monaten zu zunehmender Gewalt zwischen

zwei verfeindeten Banden, die den Straßenstrich in Heilbronn kontrollieren. Dabei kam es auch immer wieder zum Einsatz von Waffen, und diese Ereignisse passierten nicht ausschließlich begrenzt auf das Milieu des Straßenstrichs, sondern auch unter anderem in der Innenstadt. In der Allgemeinverfügung der Stadt Heilbronn heißt es dazu:

„Diese Eskalationen strahlen dabei zunehmend in die Öffentlichkeit aus. Im Bereich des Heilbronner Straßenstrichs befinden sich der Nachtclub ‚Bukowski‘ und der City Beach Club ‚Hip Island‘. Zudem grenzt das Gelände der ehemaligen Bundesgartenschau direkt an die Hafenstraße an. Somit werden unbeteiligte Passanten regelmäßig zu Zeugen von Streitigkeiten und entsprechenden Übergriffen auf dem Straßenstrich. Es besteht die konkrete Gefahr für Freier, in diesen andauernden Konflikt als Unbeteiligte zwischen die Fronten zu geraten und zu Opfern zu werden.“

Was sich hier zeigt, ist folgendes: Die Stadt Heilbronn zielt nicht auf ein Verbot der Prostitution ab, um Schluss zu machen mit diesem erniedrigenden Geschäft, das Frauen zur Ware degradiert und entgegen der Emanzipation der Frau und der Gesellschaft als Ganzes steht. Sie handeln auch nicht primär zum Schutz der Prostituierten. Ihre größte Sorge ist, dass die organisierte Kriminalität sich nicht auf ihr bisheriges Milieu beschränkt. Statt um den Schutz der Frauen und der Gesellschaft vor den äußerst negativen Einflüssen der Prostitution sorgt sich die Stadt mehr um die Sicherheit der Freier, die die ökonomische Situation der vornehmlich aus Osteuropa stammenden Frauen ausnutzen, um ihre sexuellen Triebe zu befriedigen.

Die ekelhafte Haltung zur Frage der Prostitution zeigt sich auch an anderer Stelle. So nimmt die Stadt Heilbronn eine klare Unterscheidung zwischen „guter“ und „schlechter“ Prostitution vor. Während der Straßenstrich insbesondere wegen der Ausweitung der Konflikte zwischen den Zuhältern für schlecht erklärt wird, hat die Stadt in diesem Jahr ein neues Prostitutionsgewerbekonzept erarbeitet, das die Ansiedlung von offiziellen Bordellen im Rahmen sogenannter „Positivgebiete“ vorsieht.

Während die Stadt auch Anstalten macht, die Straßenprostitution in Heilbronn vollständig zu verbieten, soll die „offizielle“ Prostitution in Form von Bordellen in bestimmten Gebieten der Stadt weiter praktiziert werden. Grundsätzlich anders funktioniert Prostitution da auch nicht. Die Ursachen sind die gleichen, Zuhälterei wird auch dort praktiziert und auch hier gibt es eine enge Verflechtung mit der organisierten Kriminalität. Ein relevanter Unterschied ist allerdings, dass Puffs leichter kontrolliert werden können und der Staat hier leichter mitverdienen kann.

Im Allgemeinen gilt es, folgendes zu verstehen: Die Bourgeoisie hat kein Interesse daran, tatsächlich gegen die Prostitution vorzugehen, die als „schwarzer Schatten“ der bürgerlichen Ehe existiert. Die deutsche Kommunistin Clara Zetkin hielt in ihrer Schrift „Erinnerungen an Lenin“ fest, was dieser über die Prostituierten und ihre Stellung in dieser Gesellschaft sagte:

„Sie [die Prostituierten] sind bedauernswerte doppelte Opfer der bürgerlichen Gesellschaft:

erst ihrer verfluchten Eigentumsordnung und dann noch ihrer verfluchten moralischen Heuchelei. Das ist klar. Nur ein roher und kurz-sichtiger Mensch kann das vergessen.“

Während die bürgerliche Moral einerseits die bürgerliche Ehe als moralisch sieht, sieht sie die Prostitution als schlecht und unmoralisch an, obwohl beide nur zwei Seiten der selben Münze, der ökonomischen Abhängigkeit der Frau vom Mann in der bürgerlichen Gesellschaft sind. Die Prostitution stellt insofern ein Komplement zur bürgerlichen Ehe dar und das bürgerliche Privateigentum reproduziert dauerhaft die Voraussetzungen für die Existenz der Prostitution.

Die Kommunisten lehnen die Prostitution nicht ab, weil eine Prostituierte im Gegensatz zu einer Ehefrau mit vielen Männern schläft, sondern weil Prostitution keinen produktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion darstellt und schädlich für das gesellschaftliche Bewusstsein ist. Solange der Körper der Frau eine Ware darstellt, wird es unmöglich sein, die notwendige Solidarität und Genossenschaft zwischen Männern und Frauen herzustellen, die die größte Stärke unserer Klasse darstellt. Nur wenn Frauen und Männer mit gleichen Rechten und Pflichten am Produktionsprozess teilnehmen, können die Frauen sich tatsächlich emanzipieren. Genau das ist der Grund, warum die Existenz der professionellen Prostitution ebenso wie die bürgerliche Ehe mit dem Kommunismus unvereinbar sind. •

DREI GEDICHTE VON BERTOLT BRECHT

Bertolt Brecht wurde 1898 in Augsburg geboren, er starb 1956 in Ost-Berlin. Er wird noch heute von allen Seiten oft gelobt als „einflussreicher deutscher Lyriker“, dabei versuchen die Herrschenden, ihn seiner revolutionären Elemente zu berauben. Doch Brecht stand Zeit seines Lebens der Kommunistischen Partei Deutschlands nahe und ist darum einer der bedeutendsten revolutionären Künstler, die das Proletariat in Deutschland hervorgebracht hat. Um seinen revolutionären Charakter zu verteidigen, veröffentlichen wir drei Gedichte, die insbesondere die revolutionäre Essenz seiner Kunst ohne jeden Zweifel hervorheben.

Lob der Dialektik (1934)

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:
Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen,
Und aus Niemals wird: Heute noch!

Bertolt Brecht, 1954



Lob der illegalen Arbeit (1930)

Schön ist es
 Das Wort zu ergreifen im Klassenkampf.
 Laut und schallend aufzurufen zum Kampf die Massen
 Zu zerstampfen die Unterdrücker, zu befreien Unterdrückten.
 Schwer ist und nützlich die tägliche Kleinarbeit
 Zähes und heimliches Knüpfen
 Des Netzes der Partei vor den
 Gewehrläufen der Unternehmer:
 Reden, aber
 Zu verbergen den Redner.
 Siegen, aber
 Zu verbergen den Sieger.
 Sterben, aber
 Zu verstecken den Tod.
 Wer täte nicht viel für den Ruhm, aber wer
 Tut's für das Schweigen?
 Aber es läßt der ärmliche Esser die Ehre zu Tisch
 Aus der engen und zerfallenden Hütte tritt
 Unhemmbar die Größe.
 Und der Ruhm fragt umsonst
 Nach den Tätern der großen Tat.
 Tretet vor
 Für einen Augenblick
 Unbekannte, verdreckten Gesichtes, und empfängt
 Unsern Dank!

Lob des Lernens (1932)

Lerne das Einfachste! Für die
 Deren Zeit gekommen ist
 Ist es nie zu spät!
 Lerne das Abc, es genügt nicht, aber
 Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen!
 Fang an! Du mußt alles wissen!
 Du mußt die Führung übernehmen.

 Lerne, Mann im Asyl!
 Lerne, Mann im Gefängnis!
 Lerne, Frau in der Küche!
 Lerne, Sechzigjährige!
 Du mußt die Führung übernehmen.
 Suche die Schule auf, Obdachloser!
 Verschaffe dir Wissen, Frierender!
 Hungriger, greif nach dem Buch: es ist eine
 Waffe.
 Du mußt die Führung übernehmen.

 Scheue dich nicht zu fragen, Genosse!
 Laß dir nichts einreden
 Sieh selber nach!
 Was du nicht selber weißt
 Weißt du nicht.
 Prüfe die Rechnung
 Du mußt sie bezahlen.
 Lege den Finger auf jeden Posten
 Frage: Wie kommt er hierher?
 Du mußt die Führung übernehmen.

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM NOVEMBER

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

17. NOVEMBER

KUNDGEBUNG GEGEN KRIEG UND INFLATION
17.30 UHR | U MÜMMELMANNSSBERG | HAMBURG

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Agitation zum Boykott der Präsidentschaftswahlen in
Brasilien, verteilt über das ganze Land, September 2022

Quelle: A Nova Democracia

ROTE POST